

Der Staat der schlauen Bürschchen

Besser leben mit privaten Netzwerken: Warum man auf dem Balkan die Institutionen nicht liebt

Bei aller Skepsis gegenüber dem Begriff der „politischen Kultur“ fragt der Historiker Wolfgang Höpken in den „Südosteuropa Mitteilungen“, ob man eine solche für den Balkan nicht doch typisieren kann. So tendiere man bei der Betrachtung der Balkanländer geradezu automatisch dazu, dort eine schon seit dem neunzehnten Jahrhundert nicht wirklich gelungene Europäisierung zu wittern. Diese werde auf die lange osmanische Herrschaft und eine daraus im Zeichen eigener Nationalstaatlichkeit hervorgegangene instabile demokratische Ordnung zurückgeführt – prädestiniert dafür, zunächst in die autoritären Herrschaftssysteme der Zwischenkriegszeit und dann in den Kommunismus abzuleiten.

Diesem pauschalen Urteil setzt der Autor eine differenzierte Analyse entgegen. Als Problemfeld markiert er das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das bis heute deshalb gegensätzlich bleibt, weil es aus einer „akkumulierten Staatsfeindschaft“ resultiert. Auch wenn es übertrieben sei, alles Übel in der späteren Balkan-Geschichte auf die osmanische Herrschaft zu schieben, so habe sie doch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Staat durch alle folgenden Epochen als fremde Macht empfunden wurde. Die Grundskepsis gegenüber staatlichen Institutionen wurde durch die nach-osmanischen Erfahrungen mit dem eigenen Nationalstaat eher bestätigt als abgebaut. Denn in ihm sah man nichts weiter als den Versuch, die eigene Lebenswelt wieder zu kolonisieren – diesmal nach west- und mitteleuropäischem Vorbild.

So wirkten sich denn auch die Normen und Gesetze des neuen Staates vor allem für die ländliche Bevölkerung zum Nachteil aus, die nun ihre traditionellen lokalen Autonomien aufgeben musste. Dieses gebrochene Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft illustriert Höpken mit einer auf Serbien bezogenen Aussage des angesehenen Vorkriegshistorikers Slobodan Jovanović. In seinem Land, schrieb er, habe es zwar immer einen Patriotismus gegeben, wenn der Staat von außen gefährdet war, nie aber ein wirkliches Staatsbewusstsein. Der Staat wurde als verfügbare Ressource betrachtet, nicht aber als Objekt von Loyalität und unbefragter Geltung. So ist Höpken zufolge auf dem Balkan auch die Institutionenkultur historisch anders geprägt als im Westen. Denn noch bis in das neunzehnte Jahrhundert hinein fungierten auf dem Balkan lokale Beziehungsnetze als die wichtigste gesellschaftliche Regulierungsinstanz. Waren die Gesellschaften im osmanisch beherrschten Südosteuropa noch institutionsarm, so brachte die Staatsbildung einen wahren Institutionalisierungsschub. Aber die Fremdheit der neu entstandenen Instanzen und vor allem ihre chronische Funktionsschwäche untergruben ihre Legitimität. So blieben die personalisierten Beziehungsgeflechte nicht nur eine starke Konkurrenz zu den staatlichen Kontrollinstitutionen, aus ihnen wurden auch noch bis weit ins zwanzigste Jahrhundert die Eliten rekrutiert.

Die Bedeutung dieser sozialen Strukturen konnte der Kommunismus, obgleich er die Bedingungen der Elitenrekrutierung zunächst veränderte, nicht aufheben. Sie blieben in Zeiten materieller Knappheit eine wichtige Stütze bei der Versorgung und haben – als eine der Reaktionen auf die neoliberale Konkurrenzgesellschaft im Postkommunismus – neuerdings wieder an Einfluss gewonnen. Dieser Entwicklung entspricht die heutige Geringschätzung staatlicher Institutionen. So bewerteten bei einer Umfrage in Bulgarien im April 2009 lediglich sechs Prozent der Befragten die Arbeit der Gerichte positiv, Parlament und Regierung kamen nur auf einige Prozente mehr. Auch Nichtregierungsorganisationen schnitten nicht viel besser ab, in Rumänien etwa hielten sie zwei Drittel der Befragten für nur wenig vertrauenswürdig. Dass auch die Zivilgesellschaft in den Balkanländern an Strahlkraft verliert, erklärt Höpken damit, dass sich ihre Vertreter von den sozialen Realitäten zunehmend entfernten.

Tatsächlich muss der Leser rumänischer Publikationen nicht lange suchen, um auf Spuren dieses fast schon chronischen Misstrauens gegenüber Institutionen zu stoßen. Wenn Andrei Manolescu in der Bukarester Zeitschrift „Dilema Veche“ die aus seiner Sicht unermessliche Dummheit mancher seiner Landsleute an Beispielen illustriert, führt er als Erstes die Verkehrs- und Stadtplaner an. Sie hätten sich für besonders klug gehalten, als sie daran gingen, der Stadt einen moderneren Anstrich zu verleihen. So seien beispielsweise zahlreiche neue Ampeln aufgestellt worden, aber meist nicht an Stellen, wo sie wirklich gebraucht würden, sondern vielmehr an Orten, wo sich der Verkehr seitdem noch mehr stau – deshalb seien auch manche der Lichtsignalgeber gezielt demoliert

worden.

Tatsächlich sei in der rumänischen Hauptstadt in den letzten Jahren viel Geld in den Straßenbau investiert worden. Aber statt schlechte Straßen zu reparieren, habe man aus unerfindlichen Gründen häufig ordentlich asphaltierte Straßen einfach nur neu geteert. Dem Autor bleibt ebenfalls ein Rätsel, warum viele teure Bordsteine aus Granit durch häßliche aus Beton ausgetauscht und alte würdevolle Bauten abgerissen und durch klotzige Luxuswohnhäuser ersetzt worden sind. Zu allem Übel, klagt er, hat man auch noch die Kabelfernsehanbieter dermaßen unkontrolliert wüten lassen, dass ganze Stadtteile im Kabelsalat ersticken. Im Übrigen hätten die Stadtplaner nicht bedacht, dass auch die Städter natürliche Bedürfnisse haben, und in den letzten Jahrzehnten kaum öffentliche Toiletten eingerichtet. Deshalb muss jeder auf die altbewährten Geheimplätze vertrauen.

Frage man jedoch den Durchschnittsrumänen, was er von den zweifelhaften Neuerungen in der Stadt halte, bewundert er doch bei aller Kritik die hierfür Verantwortlichen als schlaue Bürschchen: Schließlich hätten sie es verstanden, sich ein Stück vom Kuchen abzuschneiden. In der Summe jedoch ergeben Manolescu zufolge all diese Schlauheiten eine große Dummheit, an der die rumänische Gesellschaft offenbar seit jeher krankt: Nur so seien solche monströsen Bauprojekte wie der Donau-Schwarzmeer-Kanal oder Ceauşescus protziger Palast, „Haus des Volkes“ genannt, ermöglicht worden. Am verhängnisvollsten aber sei, resümiert der Autor, dass zwei gleichermaßen schlimme Typen Mensch beim rumänischen Volk nach wie vor beliebt seien: der Dumme, der sich für besonders klug hält, und der Intelligente, der sich gerne eine Dummheit erlaubt – leider zu oft auf Kosten anderer. JOSEPH CROITORU

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.02.2010 Seite 34